

# GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 41. 33. Jahrg.

8. Oktober 1920

**ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT- u. KUPFERDRUCKER, FORMSTECHEUR u. VERW. BERUFE**

**Abonnement.** Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementpreis: 2 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins 3 Mk.

**Redaktion:**  
Haus Roviger, Berlin N 24, Elsaßstr. 95-98, 111. Redaktionsschluß: Montag, Telefon: Amt Norden 4268.  
Verlag: Johannes Haas, Berlin N 24, : Druck und Expedition: Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig, Augustastr. 8-9.

**Insertion.** Für die viergespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 50 Pfg., bei Wiederholung Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 25 Pfg. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. — Zuschriften an die Expedition erbeten.

## Inhalt:

**Hauptteil:** Bekanntmachungen Gewerkschaften und 3. Internationale. Rundschau. Aufruf der Gewerkschaftsinternationale. — **Allgemeines:** Gauleiterkonferenz 1920. Ein Kuriosum. — **Die photo-mech. Fächer:** Der Wegweiser. — **Der photographische Mitarbeiter:** Die Konferenz der Photographen.

## Bekanntmachungen.

### An alle Orts- und Gauvorstände

sandten wir unterm 30. September Rundschreiben Nr. 21. Über alle in den letzten Tagen geführten Verhandlungen ist darin Bericht enthalten. Neben diesen sehr wichtigen Mitteilungen sind besonders zu beachten die Beitragszahlung bei Kurzarbeit, die Rechtsverbindlichkeit des Formstedtarifes, Portofragen und Betriebsräte und Betriebsrätezeitung.

Falls irgendwo diese Drucksachen nicht angekommen sein sollten, bitten wir, uns sofortige Mitteilung zu machen, damit wir sie noch einmal zusenden können.

### Der Verbandsvorstand.

**Tarifamt für das Deutsche Lichtdruckgewerbe.**  
Berlin SW. 68, Markgrafenstraße 73, III.

### Bekanntmachung

#### Tarif-Ausschuß:

Der Tarif für das Deutsche Lichtdruckgewerbe ist seitens des Hauptvorstandes der Gehilfenorganisation gekündigt worden, läuft demnach vertragsmäßig am 31. Dezember 1920 ab.

Anträge zur Neuberatung des Tarifes sind durch die Kreisvertreter bei den Hauptvorständen der Vertragsorganisationen einzureichen.

Beide Vertragsparteien haben ihrerseits die Abänderungsanträge bis zum 31. Oktober 1920 dem Tarifamt einzureichen.

Berlin, den 1. Oktober 1920.

Albert Frisch, Prinzipalsvorsitzender.

Hugo Albrecht, Gehilfenvorsitzender.

Rich. Köhler, Geschäftsführer.

## Gewerkschaften und 3. Internationale.

Von W. Landa.

Da nun auch in der »Graphischen Presse« diese Frage aufgerollt wurde, ist es der Wahrheit und der Klarheit wegen notwendig, daß der an dieser Stelle erschienene Artikel »Moskau an der Arbeit« nicht unwidersprochen bleibt. Es soll nicht der Zweck dieser Zeilen sein, jene Ausführungen zu analysieren, sondern es soll nur die einseitige und dadurch schiefe Wiedergabe der Moskauer Leitsätze aufgedeckt und richtiggestellt werden.

Wer die gewerkschaftlichen Thesen der 3. Internationale nicht in ihrer Gesamtheit kennt und sich in seiner Lektüre nur auf die moskaufindliche Presse beschränkt, der muß wirklich der Meinung sein, daß die Gewerkschaften nunmehr in den Kommunisten ihre Todfeinde zu erblicken haben, denn in Moskau wurden, nach Verschwörer Art, Parolen ausgesprochen, nach denen jetzt alle Gewerkschaften zertümmert und zerschlagen werden sollen.

Da diese vorgefaßte Meinung nicht erst seit der Herausgabe der Gewerkschaftsthesen der 3. Internationale entstanden ist, sondern seit bereits zwei Jahren hartnäckig propagiert wird, ist es wahrlich an der Zeit, den Ursachen auf den Grund zu gehen, aus denen heraus diese Fabel geboren wurde.

Als im November 1918 der »Spartakusbund« aus seiner unterirdischen Tätigkeit heraus,

erstmalig in eine öffentliche Propaganda für seine Ideen eintrat, da hatte er bald in seinen Reihen nicht nur revolutionäre, marxistische Sozialisten sondern die Entwicklung brachte es mit sich, daß ihm viele gefühlsmäßigen Anhänger zuströmten, die ohne jede Vorbildung zum ersten Male in den politischen Kampf eintraten und außerdem gesellten sich hinzu alle zielbewußten Anarchisten und Syndikalisten.

Diese Tatsachen haben auch die geistigen Führer des »Spartakusbundes« äußerst schmerzlich empfunden und es ist ihnen, trotz ihrer Autorität, nicht gelungen, in allen Fragen ihre Meinung durchzusetzen.

Am deutlichsten zeigte sich dies auf dem Gründungsparteitag der nunmehrigen »Kommunistischen Partei Deutschlands«, im Dezember 1918; dieser Parteitag hat eine antiparlamentarische Stellung eingenommen und in der Gewerkschaftsfrage lag ein Antrag auf Austritt aus den freien Gewerkschaften und ein anderer auf Eintritt in die syndikalistischen Vereine vor. Beide Anträge wurden lediglich einer Kommission überwiesen, die aber niemals tagte und erst eine Parteikonferenz, die zwei Monate später stattfand, beschäftigte sich mit dieser Angelegenheit und es war die einstimmige Auffassung vertreten, daß die Mitglieder der K. P. D. in den freien Gewerkschaften zu bleiben hätten.

Der Heidelberger Parteitag hat dann völlige Klarheit gebracht, die Geister trennten sich und alles was unklar, anarchistisch und syndikalistisch war, wurde aus der K. P. D. ausgeschieden und fand sich in der später begründeten »Kommunistischen Arbeiterpartei« mit Wolfheim und Lauffenberg an der Spitze zusammen.

Erst von diesem Zeitpunkt an, konnte in der K. P. D. klare, eindeutige und vor allem marxistische Politik getrieben werden.

All diese Vorgänge blieben in der breiten Öffentlichkeit unbekannt, da die K. P. D. verfolgt und zerschunden, ihre Presse von Noske rücksichtslos unterdrückt war und dadurch keinerlei Verständigungsmöglichkeit gegeben war, wodurch selbst in den Reihen der Mitglieder Konfusion entstand.

Wohl ersdian auf illegalem Weg, da und dort eine »Rote Fahne«, jedoch der Außenstehende vermochte nicht immer zu erkennen, ob die Nummer dieser Zeitung von der K. P. D. oder von der Opposition, also der heutigen K. A. P. D. herausgegeben war.

Es war also eine heillose Verwirrung und Irreführung und nur dadurch ist es erklärlich, daß die Öffentlichkeit vollständig falsch über die Wege und Ziele der K. P. D. unterrichtet wurde, daß man sie antiparlamentarischer und antigewerkschaftlicher Tendenzen beschuldigt die sie niemals vertreten hat und die nur propagiert wurden von den Mitgliedern der K. A. P. D., einer Partei, die politisch nicht ernst zu nehmen ist und die Lenin als anarchistisch ablehnte und aus diesem Grunde keine Aufnahme in der 3. Internationale finden kann.

Es ist notwendig, daß diese historische Darstellung auch in der Graphischen Presse einmal gegeben wurde, denn auch in unseren Verbandskreisen, bis in die höchsten Spitzen hinauf, glaubt man heute noch an die Fabel,

daß die Kommunisten drauf und dran sind, die Gewerkschaften zu sabotieren und zu zertümmern.

Diesem grundsätzlichen Irrtum und diese absolut falsche Behauptung kann am besten richtig gestellt und widerlegt werden durch die entscheidenden Punkte in den Gewerkschaftsthesen, die auf dem 2. Kongreß der 3. Internationale angenommen wurden.

Diese entscheidenden, wegweisenden Parolen sind im 4. Absatz enthalten, der hier wiedergegeben sei:

4. In Anbetracht des Einströmens gewaltiger Arbeitermassen in die Gewerkschaften, in Anbetracht des objektiven revolutionären Charakters des wirtschaftlichen Kampfes, den diese Massen im Gegensatz zur Gewerkschaftsbureaukratie führen, müssen die Kommunisten in allen Ländern in die Gewerkschaften eintreten, um aus ihnen bewußte Kampforgane zum Sturze des Kapitalismus und für den Kommunismus zu machen. Sie müssen die Initiative zur Bildung der Gewerkschaften ergreifen, wo diese nicht existieren.

Jedes freiwillige Fernbleiben von der Gewerkschaftsbewegung, jeder künstliche Versuch der Schaffung von besonderen Gewerkschaften, ohne dazu entweder durch außergewöhnliche Vergewaltigungsakte seitens der Gewerkschaftsbureaukratie (Auflösung einzelner revolutionärer Ortsgruppen der Gewerkschaften durch die opportunistischen Zentralen) oder durch ihre engherzige aristokratische Politik, die großen Massen der wenig qualifizierten Arbeiter den Eintritt in die Organisationen versperrt, genötigt zu werden, stellt eine riesige Gefahr für die kommunistische Bewegung dar. Er droht die vorgeschrittensten, die klassenbewußten Arbeiter von den Massen an die opportunistischen Führer anzuliefern, die der Bourgeoisie in die Hände arbeiten. Die Halbheit der Arbeitermassen, ihre geistige Unentschlossenheit, ihre Zugänglichkeit für die Argumente der opportunistischen Führer kann nur im Prozeß des sich verschärfenden Kampfes überwunden werden, nach Maßgabe dessen, wie die breitesten Schichten des Proletariats durch ihre Erfahrung, durch ihre Siege und Niederlagen begreifen lernen, daß auf der Grundlage des kapitalistischen Wirtschaftssystems menschliche Lebensbedingungen unmöglich mehr erreicht werden können, nach Maßgabe dessen, wie die vorgeschrittenen kommunistischen Arbeiter es lernen werden, im Wirtschaftskampf nicht nur Verkünder der Ideen des Kommunismus zu sein, sondern die entschlossensten Führer des Wirtschaftskampfes und der Gewerkschaften zu werden. Nur auf diese Weise wird es möglich sein, aus den Gewerkschaften ihre opportunistischen Führer zu entfernen, nur auf diese Weise können die Kommunisten an die Spitze der Gewerkschaftsbewegung treten und sie zu einem Organ des revolutionären Kampfes für den Kommunismus zu machen. Nur auf diese Weise werden sie die Zerspaltung der Gewerkschaften beheben und sie durch Industrieverbände ersetzen. Die von den Massen losgelöste Bureaukratie beseitigen und sie durch einen Apparat von Betriebsvertretern ersetzen können, wobei den Zentralen nur die alternotwendigsten Funktionen vorbehalten bleiben.

Was besagen diese Richtlinien?

Die Kommunisten haben sich überall dorthin zu begeben, wo Proletarier sind, um durch Aufklärung dafür zu sorgen, daß das gesamte Proletariat jene geistige Reife erlangt, die notwendig ist zum endgültigen Sieg des Sozialismus und in diesem Sinne haben die Kommunisten auch innerhalb der Gewerkschaften zu wirken. Dazu aber ist es notwendig, daß jeder eine gründliche Kenntnis der wirtschaftlichen Zusammenhänge besitzt und auch über die genügende politische Einsicht verfügt, um dem Proletariat in seinen Massenorganisationen nachzuweisen, welche Aufgaben dieselben im Kampf zur Erringung des Sozialismus

zu erfüllen haben und warum und wieso die Haltung der Gewerkschaften verderblich ist. Diesen Theorien entspricht auch die Tätigkeit der Kommunisten, die in allen Gewerkschaften praktische Arbeit verrichten und verschiedentlich bereits das Amt eines Gewerkschaftsbeamten übernommen haben.

Die Parole der Kommunisten heißt also nicht Zerstören der Gewerkschaften sondern im Gegenteil ihre Zerspaltung zu beheben und überall dort, wo noch keine Gewerkschaften bestehen, solche zu gründen und sie mit sozialistischem Geist zu erfüllen.

Dieses aber will auch der Artikel »Moskau an der Arbeit«, denn er beginnt mit den Worten: »Die freien Gewerkschaften sind, trotz aller gegenwärtig in ihnen tobenden Kämpfe um stärkeren Einsatz ihrer Kräfte im Klassenkampf Armeen des Sozialismus« und an anderer Stelle wird Marx zitiert: »Die Gewerkschaften sind die Schule des Sozialismus. In den Gewerkschaften werden die Arbeiter zu Sozialisten herangebildet...« Nichts anderes wollen die Kommunisten. . . .

Nun bleibt nur noch die Frage offen, welcher Argumente bedienen sich die Gegner Moskaus, um ihre Behauptung zu beweisen?

Da ist es nun neuerdings der Absatz 5 in den Gewerkschaftsthesen, der zum Beweis herangezogen wird. Auch in dem angeführten Artikel wird ein Teil desselben zitiert und um der Objektivität halber soll der ganze Absatz hier wiedergegeben werden:

5. Indem sie Ziel und Wesen der Gewerkschaftsorganisation höher stellen als ihre Form, dürfen die Kommunisten in der Gewerkschaftsbewegung nicht von einer Spaltung der Gewerkschaftsorganisationen zurückweichen, wenn der Verzicht auf die Spaltung gleichbedeutend sein würde mit dem Verzicht auf die revolutionäre Arbeit in den Gewerkschaften und mit dem Verzicht auf den Versuch, aus ihnen ein Werkzeug des revolutionären Kampfes zu machen; mit dem Verzicht auf die Organisation der am meisten ausgebeuteten Teile des Proletariats. Aber selbst wenn sich eine solche Spaltung als notwendig erweisen sollte, darf sie nur dann durchgeführt werden, wenn es den Kommunisten gelingt, durch unausgesetzten Kampf gegen die opportunistischen Führer und ihre Taktik, durch lebhafteste Teilnahme am wirtschaftlichen Kampf die breiten Arbeitermassen davon zu überzeugen, daß die Spaltung nicht wegen der ihnen noch unverständlichen fernen Revolutionsziele, sondern wegen der konkreten nächsten Interessen der Arbeiterklassen an der Entwicklung ihres Wirtschaftskampfes vorgenommen wird. Die Kommunisten müssen im Fall der Notwendigkeit einer Spaltung ununterbrochen, aufmerksam klarstellen, ob die Spaltung nicht zu ihrer Isolierung von der Arbeitermasse führen wird.

Wenn also dürfen die Kommunisten selbst vor einer Spaltung der Gewerkschaften nicht zurückschrecken?

Wenn ihnen keine Möglichkeit mehr bleibt, irgend welche revolutionäre Tätigkeit innerhalb der Gewerkschaften auszuüben. Eine solche Situation würde dann eintreten, wenn das verwirklicht würde, was die »Graphische Presse« in dem bewußten Artikel zum Schluß verlangt: »für die Beseitigung solcher Feinde im eigenen Lager gibt es nur die eine Möglichkeit: Ausraufen mit Stumpf und Stiel!« Das heißt mit anderen Worten, Ausschuß aller Anhänger der 3. Internationale aus den Gewerkschaften. Gegen diese unerhörte Forderung muß auf das Schärfste protestiert werden.

Nicht im Interesse der Kommunisten, denn höher als diese steht die Arbeiterbewegung und in ihrem Interesse ist es geboten, dies zu verhindern, denn das würde dann in der Tat bedeuten: die Spaltung der Gewerkschaften.

Für niemand aber könnte es dann schwer sein, zu entscheiden, wer der Urheber dieser Spaltung wäre . . . Nicht die Kommunisten, sondern die verängstigte Bürokratie.

Die Thesen und die 21 Bedingungen haben wahrlich Klarheit unter uns geschaffen, sie haben aufgedeckt, wer ein Revolutionär und wer ein Scheinrevolutionär ist.

### Rundschau.

**Adolf Fisch-Berlin.** Wer kennt ihn nicht, der rüstig durch die Jahrzehnte geschritten ist. Unermüdlich im Dienste der Arbeiterbewegung, bis sein Alter und eine mühevoll, verantwortliche Tätigkeit im Berufe ihn zwang Jüngeren den Vortritt zu lassen. Er feiert in diesen Tagen sein 50jähriges Berufsjubiläum, was uns Veranlassung gibt, seiner ehrend an dieser Stelle zu gedenken. Verbandsvorstand, die Ortsverwaltung von Berlin und seine Geschäftskollegen haben vereint versucht unsern Jubilar zu ehren und seiner unvergeßlichen Dienste zu gedenken, die er den Kollegen und dem Verbandsverband geleistet hat. Leider erlebt er, der stets für Einigkeit stritt nochmals die Zerklüftung der Arbeiterschaft. Indem wir ihm auch hier unsere herzlichsten Glückwünsche darbringen, danken wir ihm für seine Treue und die geleisteten Dienste. Möge sein Lebensabend verschönt werden durch die aufgehende Sonne einer besseren Zeit, in der die Arbeiter vereint ihre Gegner endgültig besiegen.

**Die Schulung der Betriebsräte.** Eine Umfrage des Deutschen Industrie- und Handelstages vom 12. Juni 1920 über Betriebsräteschulen ist von mehreren Handelskammern beantwortet worden. Die Urteile von zwei kleinen Kammern lauten ungünstig, nämlich die aus Ravensburg und Villingen. Erstere befürchtet durch Einrichtung von Bildungskursen eine Förderung der Halbbildung und macht auf den starken Wechsel in der Zusammensetzung der Betriebsräte aufmerksam. Nach der Ansicht der Handelskammer von Villingen ist die Frage erst dann spruchreif, wenn gesagt werden kann, »woran es dem Arbeiter überhaupt fehlt, um die Stellung eines Betriebsratsmitgliedes richtig ausfüllen zu können.« Dagegen sprechen sich die Urteile der großen Handelskammern wie Darmstadt, Hamburg, Köln und Leipzig günstig über die Schulung der Betriebsräte aus, und es kann auch keinem Zweifel unterliegen, daß eine Schulung hier wie auf allen Gebieten nur von Vorteil sein kann.

**Betriebsräte gegen 40 Prozent Dividende.** Der Zentralrat der Betriebsräte Nürnbergs nahm Stellung zu der Verteilung einer Dividende von 40 Prozent durch die Tafel-Salini- und Spiegelglasfabriken A. G. in Fürth und stellte laut »Kölnischer Zeitung« beim Staatsministerium der Justiz den Antrag, die Staatsanwaltschaft anzuweisen, gegen die Firma sofort ein Verfahren auf Grund der Wuchergesetzgebung zu eröffnen. In der Begründung ist u. a. darauf hingewiesen, daß die Gesellschaft im Vorjahre 35 Prozent und im Jahre 1918 25 Prozent, insgesamt also in drei Jahren 100 Prozent Dividende ausschüttete, und daß außerdem die veröffentlichten Bilanzposten erkennen lassen, daß der eigentliche Gewinn der Firma ein bedeutend höherer sei.

**Zum Gesetzentwurf einer Schlichtungsordnung.** Die Beratung des Gesetzentwurfes einer Schlichtungsordnung, die im Reichsarbeitsministerium mit der aus 18 Mitgliedern bestehenden, gleichmäßig aus Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer zusammengesetzten Kommission durchgeführt wird, ist vorläufig abgeschlossen. Nach Zusammenstellung der gefaßten Beschlüsse sollen diese in einer gemeinsamen Schlußsitzung nochmals beraten und in ihre endgültige Fassung gebracht werden. Unter Berücksichtigung dieser Beschlüsse wird sodann der Entwurf mit den Vertretern der Regierung beraten und danach dem vorläufigen Reichswirtschaftsrat zur Begutachtung vorgelegt werden. Die Vorlage des Gesetzentwurfes an die gesetzgebenden Körperschaften zur Beschlußfassung dürfte somit noch vor Ablauf des Jahres zu erwarten sein.

**Drei Mark — einst und jetzt.** Was bekam eine Hausfrau, die Samstag zum Einkaufen ging, vor dem Kriege für 3 Mark, und was muß sie heute für die gleichen Waren bezahlen? Eine Gegenüberstellung dürfte von Interesse sein: 2 Pfd. Kalbfleisch früher 1,20 Mk., jetzt 20 Mk., 1/2 Pfd. Butter früher 60 Pfg., jetzt 15 Mk., ein Blumenkohl früher 25 Pfg., jetzt 5 Mk., 5 Eier früher 30 Pfg., jetzt 10 Mk., 1 Pfd. Zucker früher 20 Pfg., jetzt 2 Mk., 1/4 Pfd. Fett früher 20 Pfg., jetzt 4 Mk., 1/4 Pfd. Hackfleisch früher 20 Pfg., jetzt 5 Mk., 1/2 Liter Essig früher 5 Pfg., jetzt 75 Pfg., zusammen früher 3 Mk., jetzt 61,75 Mk. An den Endziffern 3 Mk. — 61,75 Mk. erblicken wir einen drastischen Beweis für unseren jetzigen schledigen Geldwert. Rund siebzehnmal mehr kostet also der Teil der wichtigsten Lebensmittel, den wir unbedingt zur Erhaltung unserer Körperkraft brauchen, um arbeitsfähig zu bleiben. Sechs bis siebenmal mehr als in Friedenszeiten beträgt aber nur unser jetziger Lohn. Und da sagt man uns in aller Treue: Ihr habt das Existenzminimum. Lacht da etwa jemand?

### Aufruf der Gewerkschaftsinternationale

geben den auf dem Moskauer Kongreß beschlossenen Aufruf der Kommunisten, den »Internationalen Rat der Fachverbände«.

Es liegt für den Internationalen Gewerkschaftsbund kein Anlaß vor, sich gegen diese unsinnigen Angriffe zu verteidigen, die von etlichen Personen ausgehen, die nicht einmal den Mut aufbringen, ihren Namen darunterzusetzen.

Immerhin soll darauf hingewiesen werden, daß dieser sogenannte »Internationale Rat der Fachverbände« in Wirklichkeit nicht besteht. Er vertritt niemanden; er ist nichts als Schwindel und Bluff. Das geht schon aus der Annahme hervor, im Namen der Gewerkschaften Großbritanniens, Frankreichs, Italiens und Spaniens zu sprechen. In Wahrheit sind die Gewerkschaften dieser Länder ebenso wie die von 18 anderen Ländern dem Internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossen.

Die anonymen Verfasser dieses Manifestes sind entweder bewußte Lügner oder armselige Ignoranten, die von den Grundsätzen der Tätigkeit und den Zielen des Internationalen Gewerkschaftsbundes keine Ahnung haben.

Die Beschuldigung der Abhängigkeit vom Völkerbund und vom Internationalen Arbeitsamt liefert dafür den Beweis. Der Internationale Gewerkschaftsbund hat seine Unabhängigkeit gegenüber beiden Körperschaften stets streng gewahrt und er hat sich, wenn dies nötig war, gegen ihn gewendet, und er wird es auch weiter tun, wenn das Interesse der Arbeiter es erheischt.

Die Beschuldigung, daß der Internationale Gewerkschaftsbund machlos und eine Organisation von Gelben und Verrätern sei wird widerlegt durch alles, was der Bund seit den wenigen Monaten seines Bestandes getan hat.

In Washington hat der Internationale Gewerkschaftsbund den Völkerbund verpflichtet, dem deutschen und österreichischen Volk dieselben Rechte zuzusprechen, die sich die Arbeiter der anderen Länder erkämpft hatten.

Als die österreichischen Arbeiter vor Hunger umkamen, hat der Gewerkschaftsbund für Nahrung gesorgt und ihnen geholfen, ihre Organisation und ihre industrielle Kraft zu erhalten.

Als der weiße Schrecken Ungarn zu Boden warf, war es wieder der Internationale Gewerkschaftsbund, der dagegen einschritt und den Boykott über dieses Land verhängte. Und als infolge der Situation zwischen Polen und Rußland neuerlich ein Krieg über die Welt hereinzubrechen drohte, war es gleichfalls der Internationale Gewerkschaftsbund und die ihm angeschlossenen Organisationen, die den Transport von Waffen und anderem Kriegsmaterial verhinderten.

Einzig der Internationale Gewerkschaftsbund hat Taten aufzuweisen, während seine Kritiker sich damit begnügen, Manifeste herauszugeben und sogenannte revolutionäre Reden zu halten.

Der Internationale Gewerkschaftsbund wird auch in Zukunft bleiben, was er in der Vergangenheit war. Er hat keine Instruktionen zu empfangen, weder von rechts noch von links. Er wird sich jeder Diktatur widersetzen, komme sie nun von Moskau oder sonstwo. Er hat nur ein Ziel: die Befreiung der Arbeiter vom Joche ihrer Unterdrücker — ihrer politischen ebenso wie ihrer wirtschaftlichen. Der Internationale Gewerkschaftsbund wird der Moskauer Tendenz, die Arbeiter um politischer Zwecke willen zu entzweien, den proletarischen alten Schlachtruf entgegenstellen:

»Proletarier aller Länder vereinigt Euch!«

Das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes:

W. A. Appletov, Vorsitzender.  
L. Jouhaux, 1. Vizevors. C. Mertens, 2. Vizevors.  
Edo Fimmen, J. Oudegeest, Sekretäre

### Allgemeines.

Teil für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufes.

### Gauleiterkonferenz 1920.

Nach Bedarf, mindestens aber alljährlich, findet eine gemeinsame Konferenz der Gauleiter statt. So sagt § 46 unseres Statutes und gibt damit zu erkennen, daß die Arbeit der Verbandszentrale einer ständigen Kontrolle unterworfen sein soll. Die Gauleiterkonferenz soll aber nicht nur kontrollieren, sondern zu allen schwebenden Fragen Stellung nehmen und so mithelfen, die Verbandsgeschäfte ganz im Sinne der Kollegenschaft zu führen. Diesen Zwecken diene auch die Konferenz der Gauleiter, die der Verbandsvorstand für die Tage des 25. und 26. September nach Berlin einberufen hatte, um anschließend gleich die notwendigen Lohnverhandlungen im Steindruckgewerbe zu führen.

Die vom Verbandsvorstand provisorisch aufgestellten und dann von der Gauleiterkonferenz angenommenen Verhandlungspunkte ergaben folgende Tagesordnung:

1. Durchführung der Verbandstagsbeschlüsse. Referent: Kollege Haß.
2. Durchführung der Tarife und Erörterung der Berufslage. Referent: Kollege E. Herbst.
3. Bevorstehende Tarifverhandlungen.
  - a) Manteltarif für das graphische Gewerbe. Referent: Kollege Haß.
  - b) Steindruck. Referent: Kollege E. Herbst.
  - c) Chemigraphie und Lichtdruck. Referent: Kollege Haß.
  - d) Portraitfach. Referent: Kollege E. Herbst.
4. Arbeitslosenunterstützung und Beitrag Ref. Kollege Haß.
5. Verschiedenes

Die Anwesenheitsliste ergab als Vertreter:

- Gau 1: Kollege Hoffmann, Berlin
- " 2: " Rudolph, Breslau
- " 3: " Ullrich, Hamburg
- " 4: " Reiß, Köln
- " 5: " C. Herbst, Leipzig
- " 6: " Leinen, Dresden
- " 7: " Scheibel, Frankfurt a. M.
- " 9: " Dürr, München
- " 10: " Schatt, Nürnberg.

Tariffämter die Kollegen Köhler und Czeh, Berlin; Verbandsausschuß: Kollege van Dijk, Hamburg.

Ferner waren anwesend: der Verbandsvorstand, die Redaktion der »Graphischen Presse«, Kollege Mittendorf als zukünftiger besoldeter Gauleiter des Gaus 7, Frankfurt a. M., Kollege Peter, Hannover, als Vertreter des Tarifkreises 2 und Kollege Hehr, Berlin, als Vorsitzender der Zentralkommission der Chemigraphen.

Zur festgesetzten Zeit eröffnet Kollege Haß im Namen des Verbandsvorstandes die Gauleiterkonferenz, begrüßt die Erschienenen, gedenkt der seit dem Verbandstag Verstorbenen und hofft, daß auch diese Tagung ersprießliches zum Wohle des Verbandes wie der Gesamtkollegenschaft leistet. Nach Erledigung der rein formal geschäftlichen Angelegenheiten erstattet Kollege Haß Bericht über die Durchführung der Verbandstagsbeschlüsse.

Einleitend darauf verweisend, daß auf ordentlichen Gauleitertagungen stets über die Erledigung der Arbeit in der Verbandszentrale berichtet wurde, schildert Kollege Haß in kurzen, scharfpunktierten Sätzen die Tätigkeit des Verbandsvorstandes seit dem Magdeburger Verbandstag. Zur Durchführung der Verbandstagsbeschlüsse übergehend, betont er, daß der Verbandsrat dem Verbandsvorstand nicht soviel Anträge überwiesen hat, als es sonst üblich war. Aber alle Anträge, die dem Verbandsvorstand vom Verbandsrat überwiesen wurden, waren außerordentlich schwieriger Natur. Soweit sich die überwiesenen Anträge mit den zu führenden Lohnbewegungen befassen, sind die aufgestellten Richtlinien beschränkt worden, soweit es im Rahmen der geführten Lohnbewegungen möglich war. Nur der Antrag Hehr, auch den Chemigraphentarif für rechtsverbindlich erklären zu lassen, ist bis jetzt noch nicht durchgeführt worden. Nur weil keine Aussicht besteht hier die Rechtsverbindlichkeit zu erlangen, ist von der Stellung eines solchen Antrages abgesehen worden. Antrag 11 Herausgabe der »Graphischen Rundschau« betreffend, hat auch die Technische Zentralkommission beschäftigt und wenn geeignete Vorschläge vorliegen, wird auch dieser Antrag seine Erledigung finden.

Ferner ist Antag 240, Lehrlingsfrage betreffend, noch nicht erledigt. Die Zentralkommission hat ihre Arbeit noch nicht aufgenommen. Vielleicht nur dadurch hat sich der Berliner Jugendleiter bemüht geteilt, im Verein mit der Berliner Graphischen Jugend eine Konferenz nach Magdeburg zu berufen. Um einen graphischen Industrieverband auch für die Jugend zu gründen. In einem Aufruf zur Besichtigung der Konferenz wird betont, daß diese Veranstaltung im Gegensatz zu den Verbandsinstanzen steht. Wenn es sich bei der Veranstaltung nur darum dreht -- wie jetzt betont wird -- eine bessere Fühlung der gesamten graphischen Jugend herbeizuführen, dann wird sich der Graphische Bund sicher nicht gegen solche Bestrebungen wenden.

Weiter ist noch ein Antrag Chemnitz offen, der einen Extrabeitrag vorsieht. Es ist sicher kein Geheimnis, daß der jetzige Beitrag nicht mehr ausreicht. Aus einer Aufstellung ergibt sich, daß allein ohne Unterstützungen schon 300000 Mark aufgewendet werden müßten. Die Konferenzen versämligen einen nicht unerheblichen Teil davon. Noch nicht berücksichtigt ist ferner der Beschluß, 20 Pfg. pro Beitrag zurückzulegen. Jedoch soll damit begonnen werden und das dadurch anfallende Geld als Sicherung der Witwen- und Invalidenkasse festgelegt werden. Da auch die noch vorhandenen Schulden zu tilgen sind und durch die steigende Arbeitslosigkeit die Unterstützungen stark in Anspruch genommen werden, ist die Frage zu prüfen, ob eine weitere Steigerung des Beitrages möglich ist, oder ob der Antrag Chemnitz in Frage zu ziehen ist.

Dann sind noch neben der noch offenen Tarif-Einteilung die Beschlüsse zu Punkt 5 der Tagesordnung des letzten Verbandstages. Der Betriebsrätekongreß, der jetzt vor der Tür steht, ist von dem Ausschuß oder Beirat, der von dem Ausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes eingesetzt worden ist, einberufen worden. Die auf uns entfallenden 3 Delegierten sind den Städten Berlin, Leipzig und München zu Wahl überwiesen worden und sind die Kollegen Nikolai, Berlin, Held, Leipzig und Adlerstein, München, gewählt worden. Für uns ist die Frage nahe, die, was können wir tun, die Betriebsräte auszubilden, und wie können wir ihnen dienen. Die Betriebsrätezeitung des Gewerkschaftsbundes wird vorläufig nur in 500 Exemplaren bezogen. Die bis jetzt erscheinenden Extrabeiträge und Beschlüsse zu nehmen, wäre nur möglich, wenn wir die Zahl der Betriebsräte kennen würden. Ein Vorschlag unserer Redaktion, einen besonderen »Graphischen Betriebsrat« herauszugeben, ist von uns als eine lohnende Aufgabe des Graphischen Bundes betrachtet worden und soll dem Graphischen Bund zur Weiterbetätigung unterbreitet werden.

Redner schließt mit dem Wunsche, daß all die aufgeworfenen Fragen Behandlung und Lösung finden mögen.

In der folgenden Aussprache wird den Vorgängen in der Lehrlingsabteilung besondere Beachtung geschenkt. Während die Berliner Kollegen die Meinung vertreten, daß ob der Vorgänge keine besonderen Befürchtungen zu hegen sind, vertreten die übrigen Kollegen die Ansicht, daß hier ein Vorgehen vorliegt, das nicht zu billigen ist. Was heute noch als harmlos erscheint, kann morgen schon von Bedeutung sein. Besonders wird in der Aussprache darauf verwiesen, daß der Jugend ein hohes Maß von Allgemeinbildung zugänglich gemacht werden muß und daß politische Auseinandersetzungen nur Verwirrung in den Köpfen der Jugendlichen anrichten können. Die Jugend zu erfassen und sie reif zu machen, damit sie als Erwachsene auch ihren Weg durch das politische Leben finden, das sollte als unsere Aufgabe betrachtet werden.

In der Beitragsfrage wird allgemein zum Ausdruck gebracht, daß nur eine Beitragserhöhung in Frage gezogen werden könnte, wenn die Notwendigkeit dazu vorliegt. Jedoch sei dabei der Photographen besonders zu bedenken, die einen erhöhten Beitrag kaum leisten werden können. In Verbindung mit der Beitragsfrage wird die Frage der Kurzarbeit behandelt, die Meinungen darüber ausgetauscht und die Wege ihrer Beseitigung erörtert.

Die »Graphische Rundschau« in ihrer alten Form wieder herauszugeben, dürfte wegen der Kosten nicht möglich sein. Vielmehr ist mit einem finanziellen Aufbau auf dem Abonnement zu rechnen, über das den Kollegen im gegebenen Falle noch weitere Unterlagen zugehen. Während ein Teil der Redner meint, daß in ihren Kreisen kein Bedürfnis für die Graphische Rundschau besteht und die Graphische Presse diese Arbeit mit übernehmen könnte, werden auch gegenteilige Ansichten vorgebracht.

Den Hauptteil der Aussprache beherrscht die Ausbildung der Betriebsräte und die Stellung, welche die Graphische Presse dazu einzunehmen hat. Gewünscht wird, daß der Graphische Bund ein Informationsblatt für die Betriebsräte herausgibt und auch die Graphische Presse sich ständig mit dem ganzen Komplex dieser Fragen beschäftigt und eine rege Aufklärungsarbeit unter den Kollegen betreibt. Weiter wurde gefordert, daß die Graphische Presse mehr wie bisher sich mit Organisationsfragen beschäftigt und allgemeinen Genossenschaftsfragen ihre Aufmerksamkeit zuwendet. Die Annahme nachsichtigen Entschlusses schloß den ersten Teil der Beratungen ab.

Die am 25. und 26. September 1920 in Berlin stattgefundene Gauleiterkonferenz erblickt in einer intensiven Aufklärungsarbeit über den ganzen sich aus dem Betriebsrätegesetz entwickelnden Fragenkomplex eine der wichtigsten und dringenden Aufgaben der allernächsten Zukunft. Sie hält es für notwendig, daß sich in erster Linie unsere Graphische Presse ständig mit diesen Fragen befäßt und eine rege Aufklärungsarbeit unter den Kollegen betreibt. Und des weiteren empfiehlt sie sämtlichen Mitgliedschaften, dem Beispiel Stuttgarts in dieser Richtung zu folgen, wonach Lehrmittel für Betriebsräte, wie Betriebsrätezeitung und Broschüren durch örtliche Mittel besritten werden.

### Ein Kuriosum.

In der am 23. September im Gewerkschaftshause abgehaltenen Versammlung der Lithographen, Stein-drucker und verwandte Berufe wurde, wie ausdrücklich gesagt worden ist, von den Berliner arbeitslosen Kollegen den arbeitenden Kollegen ein Ultimatum gestellt, es seien schnellstens Unterstützungen zuwenden, widrigenfalls »schärfste Maßnahmen« von je ergriffen würden.

So etwas geschah am 23. September 1920. Nicht jedem ist es gegeben, gleich schlagfertig redend in die Situation einzugreifen, deshalb ist gerade hier eine Veröffentlichung sehr am Platze.

Die allgemeine große Arbeitslosigkeit mit ihren wirtschaftlichen Folgen ist unter Arbeitern zu bekant, als daß die arbeitenden Kollegen gleichgültig abseits stehen könnten. Zudem bedingt schon eine solche Krise, wie sie jetzt vorherrschend ist, eine ganz veränderte Wirtschaftsregelung der arbeitenden Kollegen.

Man bedenke: Jetzt wo die 3. Internationale die Völker vereinigen soll, wo der Kampf des Sozialismus gegen den Kapitalismus mit ganzer Kraft geführt wird, in der Zeit, wo die Bildung des deutschen Arbeiters zum Sozialismus gewaltig vorwärts schreitet, stellt in Fachkreisen eine kleine Gruppe der anderen ein Ultimatum und verweigert gleichzeitig bei Nichterfüllung auf schärfste Maßnahmen.

Im privaten Leben würde eine solche Aktion eintakt unter den Erpressungsphotographen fallen. Welches sind nun »schärfste Maßnahmen«?

Sind es Maßnahmen, die den Interessen der Kollegenschaft des Verbandes zuwiderlaufen, dann hätte der Verband seine Konsequenzen zu ziehen.

Eher wäre es zu vertreten, wenn dieses Ultimatum der Verwaltung gestellt worden wäre. Oder sollte das schon geschehen sein und hätte diese nun die ganze Sache von sich abgeleitet, weil vor zirka 3 Wochen schon Unterstützungen in Raten

eingezogen und man sich jetzt mit einer laufenden Unterstützung nicht hervorwagt? Begreiflich wäre es schon, weil das Existenzminimum einer vierköpfigen Familie auf 338 Mark steht, wie der Genosse Heckerl in seinem Korreferat hervorhob.

Stehen die arbeitenden Kollegen in irgend einem schuldigen Verhältnis zu der Krise? Unseres Erachtens nein. Weshalb dann ein Ultimatum? Hat die Berliner Kollegenschaft nicht immer ihre Pflicht erfüllt? Stets und ständig, das muß zum Lobe der Berliner Kollegenschaft festgestellt werden, war Solidarität und Opferwilligkeit in weitestem Maße vorhanden. Nicht das geringste Anzeichen bietet Anlaß dafür, anzunehmen, daß beide in irgend einer Weise erschütterter sind. Was dem einen heute passiert, kann dem andern morgen geschehen, einer ist des anderen wert.

Wir erkennen die schwere, traurige Lage derjenigen, die auf dem Pflaster liegen, können aber allen, die in Arbeit stehen, keine Schuld dafür beimessen. Auch die Arbeitenden haben wirtschaftlich schwer zu kämpfen angesichts der viel zu niedrigen Löhne mit ihren Abzügen.

Dessen ungeachtet ist die arbeitende Kollegenschaft von Herzen bereit und hält es für die heiligste Pflicht nach besten Kräften und bei eigener Entbehrung das zu geben, was irgend möglich ist. Wir verurteilen aber auf das allerentschiedenste das Stellen eines Ultimatum, das gerade in diesem Falle den politischen Bildungsgrad und die Reife zum Sozialismus in einem äußerst fragwürdigen Lichte erscheinen läßt. Hunger tut weh und die Verzweiflung und Erregung, die wir respektieren, ist uns nur zu begreiflich, aber ein Dringlichkeitsantrag hätte wohl auch schon genügt.

Doch wo war denn die Verwaltung? Gewiß fällt auch der es schwer, von der Kollegenschaft zu fordern, aber es muß sein. Hier heißt es ein Herz haben und dem Verderben standhaft und fest entgegenzutreten, den arbeitenden Kollegen frei zu sagen, wie die Dinge liegen und nicht die arbeitslosen Kollegen abgleiten zu lassen von dem Halt, von dem festen Pfeiler der ihnen die Verwaltung sein sollte. Das erwarten wir von der Verwaltung.

E. Pflügrad.



### Der Wegweiser.

Dem Kollegen v. D. ist es zu danken, durch seine Artikel die deutschen Chemigraphen auf den Plan gerufen zu haben. Und v. D. ist einer von denen, um mit Mephisto in Faust zu reden, den man von Zeit zu Zeit gern sieht. Daß er aber dabei die Tarifpolitik auch in der jetzigen Zeit mit den Verhältnissen vor dem Kriege zu meistern sucht, ist ihm zum Verhängnis geworden. Aber es ist ja so, daß, wenn unser Gott jemanden ein Amt gibt, er auch gleich den dazu gehörigen Verstand schenkt. Ich habe so manchemal mit v. D. die Klinge gekreuzt, ein so überzeugter Verteidiger ist er aber selten gewesen. Auch ich kann mich des Gedankens nicht erwehren, daß Tarifgemeinschaften, speziell für unseren engeren Beruf, eine Notwendigkeit sind. Es gibt auch keine gewerkschaftliche Maßnahme, die zurzeit so im Brennpunkt der Meinungen steht. Sie gewähren uns auch dem Arbeiter die gleichen Löhne in der Zeit der Krisis. Auch die Tarifgemeinschaften haben Anteil an dem sozialen Aufstieg der Arbeiterklasse. Aber die Opposition wächst von Tag zu Tag. Nun weiß ja jeder von uns, daß der starke Mann in der Versammlung nicht immer der starke Mann im Betriebe ist. Was die Gegner der Tarife wollen, haben wir ja gehabt, keine Gemeinschaften -- aber bessere wirtschaftliche Verhältnisse hatten wir nicht. Haben wir zurzeit etwas besseres dafür auf der Hand? Der Streik ist ein zweischneidiges Schwert und das allerletzte Mittel der Arbeiterschaft. Und sehr oft heüße einen Streik führen, dem Unternehmertum einen Liebesdienst erweisen. -- Das in der übertreibenden Not liegende, rein menschliche Vorgehen der Opposition macht gewaltigen Eindruck bei den Mitgliedern. Und wenn es schon vorkommt, daß man führenden Kollegen den Vorwurf macht, mit dem Unternehmertum zu liebäugeln, so ist das schon das schlimmste, was einem überhaupt passieren kann. Ist nun aber die Unzufriedenheit begründet? Sie ist in der Hauptsache aus der Not der Zeit geboren. Die Bezahlung ist zweifellos miserabel. Wenn dann noch dazu kommt, daß man weiß, daß die Unternehmer menschlich leben und wohnen und ihr ganzes Risiko auf die Arbeiterschaft abwälzen, so steigt die Temperatur bis zur Siedehitze. Und dann liegt ein Teil der Schuld an den Menschen selber. Sie wissen es genau daß von der gegnerischen Seite nichts, aber auch gar nichts zu erwarten ist und da gebrauchen sie noch Zeit und Kraft dazu, um sich gegenseitig zu zerfetzen. Nicht nur die Unternehmer sind nicht bessere geworden, sondern auch wir leiden an den Folgen des ungelassenen Krieges.

Wenn dann v. D. zum Überflus sich aber bemüht, zu erklären: daß wenn einmal ein Abschluß besteht, der auch strikte eingehalten werden muß, so ist das nur zum Teil richtig.

Hat ein striktes Einhalten bestanden auch unter normalen Verhältnissen? Nein und nochmals nein

Haben wir als Gehilfen nicht fortwährend gekämpft um positives Einhalten des Vertrages? Soll ich erinnern, an die schwarzen Listen, an Maßregelungen, Übersdrehen der Lehrlingsskala, Überläufer, Preisunterbietungen usw.

Haben wir aber nur einmal unter dem Druck der Verhältnisse, kleine Lohnerhöhungen gefordert dann waren das glatte Tarifdurchbrüche.

Nun hat Ukrow in einer Art die überzeugend wäre, wenn die Hindernisse nicht stärker wären, versucht nachzuweisen, daß der Weg ein sehr einfacher ist. Durch die Sozialisierung zum kommunistischen Staat. Die Botschaft hör ich wohl, allein mir fehlt der Glaube. Was wollen wir mit der Sozialisierung eigentlich erreichen. Dem Dilettanten schwebt dabei, eine sofortige wirtschaftliche Besserstellung des Arbeiters vor. Man braucht den privatkapitalistischen Besitzer der Produktionsmittel nur zu enteignen, um an seine Stelle den Staat mit der Proletarietdiktatur zu setzen, — dann wachsen alle Bäume in den Himmel. So einfach ist das Rezept nicht. Die russische Sowjetrepublik hat alles nationalisiert, d. h. auf dem Papier im Besitz genommen, aber die bestimmte erhoffte Wirkung ist doch völlig ausgeblieben. Hat Ukrow etwas von einer wirtschaftlichen Besserstellung des russischen Arbeiters gehört? Wenn diese auch mehr Papier wie wir erhalten, so bedingt das noch keine höhere und dauernde Kaufkraft. Nach Lage der Dinge ist diese heute nur in Deutschland zu steigern, wenn wir mehr produzieren; wenn wir die lebensnotwendige Einfuhr für unsere Überbevölkerung mit einer entsprechenden Ausfuhr von Rohstoffen und Industrieprodukten, statt mit entwertetem Geld zahlen können. Weiter muß die Sozialisierung so die Güterverteilung organisieren, daß alle Parasiten, die sich in der Güterverteilung bereichern, ausgeschaltet werden. Über die Notwendigkeit in der sozialistischen Bewegung gibt es keinen Streit. Eine Parlamentsmehrheit hätte natürlich viel entschlossener handeln können. Im übrigen ködnen auch die Kommunisten mit Wasser. Anlässlich des Hanauer Generalstreiks schrieb die Frankfurter Zeitung: Es muß anerkannt werden, daß auch die kommunistischen Führer ein starkes Verantwortungsgefühl und erfreuliche Einsicht in wirtschaftliche Notwendigkeiten an den Tag legten. Doch genug damit, in der Hauptsache wollte ich ja unseren Tarif und die Vorgänge innerhalb desselben beleuchten.

Trotz aller prinzipiellen Anhängerschaft für die Tarifgemeinschaften an sich, ist für unseren engeren Beruf die Frage zu stellen, ob wir mit oder ohne Tarif zugrunde gehen wollen? Die Kollegen in ihrer Mehrzahl vertreten heute die Meinung, daß, wenn einmal ein Gewerbe zugrunde gehen soll, alle Mittel zur Erhaltung, also auch Tarife, Palliativmittel sind. Zweifelsohne haben die Leipziger Chemigraphen das richtige getroffen, deren Ansicht in Nr. 34 der »Graphischen Presse« zum Ausdruck kam. Auf ein toltes Gleis, wie es Hauptvorstand und Tarifamtvertreter wünschen, kann sich die gesamte deutsche Kollegenschaft nicht schieben lassen. Worte sind in der Tat genug gewechselt worden, jetzt gilt es zu handeln.

Als die Tarifverhandlungen vom 11. Mai uns die letzten Teuerungszulagen von Mk. 25.— brachten, mit dem sich so »glänzend bewährten«, nicht mehr befristeten Lohnabkommen, da setzte die Preissteigerung lawinenartig ein. In Frankfurt am Main stand die Indexziffer am 1. März 1920 auf 198, am 1. Mai 1920 aber auf 289 Punkte. Das obige Resultat wurde als viel zu niedrig verworfen. Und das bei einer Kollegenschaft, die bis dato dem gesamten Gewerbe stets Rechnung getragen hatte. Die elende Not zwang die Kollegenschaft dazu, mit allen Mitteln ihre Bezüge zu erhöhen. Im Monat Juni wurde der öffentliche Nachweis erbracht, daß Statistiker eine kleine Senkung der Nahrungsmittelkosten feststellen konnten. Dr. Kuczynski konnte berechnen, daß im ganzen noch eine Verteuerung um das Dreizehnfache besteht. Betrug der Durchschnittslohn der Frankfurter Chemigraphen 1914 33,70 Mk., so betrug er im Juni 1920 203 Mk. Bei einer einigermaßen Stabilität der Löhne müßte der Verdienst ca. 500 Mk. betragen. Nun rechnet man die neuen Steuern, die Kassenbeiträge, Eisen-, Lohnbahnfahrten ab, so steht der Durchschnitt des Lohnes auf Mk. 160.— pro Woche. Ist es denn zu verwundern, wenn neben einer großen Gleichgültigkeit innerhalb der Betriebe, an dem die Unternehmer doch sicherlich interessiert sind, unsere Berufskollegen zur Verzweiflung gebracht werden? Der Segen der zentralen Verträge in Ehren. Ist aber der Segen dann noch gegeben, wenn z. B. die Leipziger Kollegenschaft fast nichts, die Frankfurter aber sehr gut zu tun haben.

Eine alte gewerkschaftliche Weisheit ist, daß die Bezahlung abhängig ist von Angebot und Nachfrage. Soweit der Mindestlohn in Frage kommt, können die Dinge zentral geregelt werden. Das Bestreben der Unternehmer geht ja naturnotwendig darauf aus, den Mindestlohn zum Maximallohn werden zu lassen und hier gehen alle Interessen auseinander. Müssen auseinandergehen, wenn die Konjunktur am Ort für das Gewerbe günstig ist. Anders wäre der Fall, wenn die über das Maß hinausgehende Konjunktur im Gewerbe zentral verteilt würde. Und das ist nicht der Fall, das Gegenteil ist richtig. Flaut das Gewerbe ab, so stehen dem Unternehmer Mittel zur Verfügung,

seinen Gewinn zu realisieren, die den Gehilfen vollends fehlen.

So ist es mit zu erklären, daß von Zeit zu Zeit Tarifdurchbrüche vorkommen, die aber immer wieder in erster Linie aus der Not der Zeit heraus geboren sind.

Als dann im Juli die zentralen Verhandlungen wiederum scheiterten, die Entlohnung in allen anderen Gewerben aber stieg, auch die Spannung der Löhne im graphischen Berufe selber immer größer wurde, konnte es nur eine Parole geben, hilf dir selber. Alle örtlichen Verhandlungen wurden abgelehnt, die schlechte Entlohnung selbst aber immer anerkannt. Man verschanzt sich im Unternehmerlager in die nachsagenden Worte, man dürfe nicht. Ist es richtig, daß das Verbot besteht, keiner lei Zulagen gewähren zu dürfen? Wenn ja, so bedeutet das eine aggressive und unverantwortliche Politik gegen das Bestehen der Verträge. Wenn es aber nur eine leere Ausrede sein sollte, so dienen als Kennzeichnung die Dichterworte Heines:

Hast du viel, so wirst du bald noch viel mehr dazu bekommen,

Hast du wenig, wird dir bald auch das wenige genommen,

Wenn du aber gar nichts hast,  
ach, dann lasse dich begraben,  
denn ein Recht zum Leben, Lump,  
haben die nur, die was haben.

Die in der nächsten Zeit stattfindende Chemigraphenkonferenz muß das Für und Wider ausführlich debattieren und wenn es zu reiflicher Überlegung kommt, kann es nicht anders sein, als daß die Frage der Entlohnung, solange die unklaren wirtschaftlichen Verhältnisse bestehen, aus der Gemeinschaft losgelöst wird. Bekanntlich werden die Unternehmer darauf nicht eingehen und so bleibt übrig, den wirtschaftlichen Kampf in Permanenz zu erklären. Bei einem festen Zusammenstehen der Kollegen ist mir klar, zu wessen Gunsten die Waagschale sich neigen wird.

## Photogr. Mitarbeiter.

### Die Konferenz der Photographen.

Der Wunsch der Photographen, in gemeinsamer Aussprache die Wege zum Aufstieg zu suchen, ist in Verbindung mit der Tagung des Verbandsrates erfüllt worden. Alle Gaue Deutschlands waren durch die zwölf anwesenden Vertreter an den gepflogenen Verhandlungen beteiligt und die Erfahrungen von Nord und Süd, Ost und West und auch von Mitteldeutschland fanden ihre gebührende Berücksichtigung. Um es gleich vorweg zu nehmen: Die Verhandlungen am 26. September im Berliner Graphischen Vereinshause haben den Photographen in unzweideutiger Weise die Wege gewiesen, die zu gehen sind, um auch für die Porträtfotographie Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu schaffen, die mindestens das Existenzminimum gewährleisten.

Schon der Verbandstag in Magdeburg hatte sich mit dieser Frage beschäftigt und in seiner unter Tarif- und Lohnbewegungen angemessenen Resolution ist zu lesen: Die bestehenden Ortstarife im Porträtfach entsprechen in vielen Fällen nicht den berechtigten Ansprüchen der Gehilfen und Gehilfinnen. Der Verbandsvorstand wird beauftragt, auch für diesen Beruf einen Tarif abzuschließen.

Damit war zum Ausdruck gekommen, daß der Verband mehr als bisher die Interessen der in der Porträtfotographie Beschäftigten vertreten solle. Inwieweit dieses jetzt geschehen ist, konnte Kollege E. Herbst, der die einleitenden Ausführungen übernommen hatte, an Hand des Materials nachweisen. Sowohl die Zentrale wie die Mitgliedschaften haben alles getan, um auch in der Porträtfotographie geordnete Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen und die teilweise erhobenen Vorwürfe, gipfelnd in der Behauptung daß die Photographen das fünfte Rad am Verbandswagen seien, sind nicht gerechtfertigt. Wenn die Erfolge unseren Wünschen nicht entsprechen, dann liegt das an dem steinigen Boden, der bearbeitet werden muß. Neben den Schwierigkeiten, die die Innungen dem Abschluß eines Reichstarifes machen, sind es besonders die in der Porträtfotographie vorherrschenden Kleinbetriebe, die eine umfassende Organisation der Beschäftigten außerordentlich erschweren.

Diese Schwierigkeit der Gewinnung der Gehilfen und Gehilfinnen für die Organisation wurde fast von allen Rednern anerkannt. Besonders in den Mittel- und Kleinstädten ist noch viel Organisationsarbeit zu leisten. Dort bestehen vielfach sogenannte Familienbetriebe, die es außerordentlich erschweren, die Lage der Photographen zu verbessern. Hinzu kommt noch, daß die zum Teil noch patriarchalischen Verhältnisse in der Porträtfotographie den Eingang der Organisation verhindern und teilweise die Betriebsinhaber kaum eine bessere Existenz fürsten als die Gehilfen. Was aber am stärksten das Aufkommen eines klaren Klassenbewußtseins verhindert, ist das immerhin noch starke Festsitzen eines nicht unerheblichen Teiles der Gehilfenschaft an der klein-

bürgerlichen Ideologie, daß die Gehilfenjahre nur ein Übergangsstadium zur Selbständigkeit sind.

Eine weitere Schwierigkeit, um zu einem Reichstarif zu kommen, ist die gegenwärtig schlechte Geschäftslage. Wie der Berliner Vertreter berichtete, ist die Arbeitslosigkeit nicht unerheblich. Ihre genaue Erfassung ist durch die starke Verbreitung der Heimarbeit gar nicht möglich. Und in welchem Umfange Heimarbeit von den Porträtfotographen geleistet wird, zeigte ein Beispiel, vor dem man erschrecken könnte. Als in einer Versammlung die Abschaffung der Heimarbeit propagiert wurde, führte ein Kollege unter Zustimmung fast aller Anwesenden aus, daß dann den Porträtfotographen die Existenzmöglichkeit genommen sei. Danach ist die Annahme, daß der größte Teil der in der Porträtfotografie Beschäftigten Heimarbeit leistet, gerechtfertigt und die wiederholt im Laufe der Tagung aufgestellte Forderung, diese Tatsachen dem Arbeitsministerium zu unterbreiten, eine Notwendigkeit.

Dann kann auch das Arbeitsministerium mit darüber befinden, ob die Lehrlingszucht, wie sie jetzt betrieben wird, im Interesse des Gewerbes oder im Interesse der Unternehmer liegt. Was auf der Konferenz betont wurde, beschäftigten 80 Prozent der Unternehmer in der Porträtfotografie keine Gehilfen, wohl aber b—liden alle Lehrlinge aus. Wie diese Ausbildung aussieht, daß sie keine Lehre, sondern eine Leere ist, danach fragt kein Mensch. Auch wird nicht gefragt, ob all die Ausgebildeten im Gewerbe eine Existenz finden können. Aufgabe der Berufsarbeiterschaft ist es deshalb, alle Eltern, die gewillt sind, Sohn oder Tochter in der Porträtfotografie in die Lehre zu geben, auf diese Verhältnisse hinzuweisen, damit ihre Pflege hierin bewahrt bleiben, wie in Breslau, nach beendeter Lehre, in die Kohlengruben zu gehen oder im Heer der ungelerten Arbeiter unterzutauchen.

Um den dem Verband noch fernstehenden Berufsarbeitern einen Einblick in die Gesamtlage des Berufes und des Gewerbes zu gewähren, sowie ihnen die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation eindringlich darzustellen, wurde beschlossen, Verbandsverband und Zentralkommission zu beauftragen, die Ausarbeitung und Herausgabe entsprechender Drucksachen in die Wege zu leiten. Ferner soll die Herausgabe eines Merkblattes für Eltern, die ihre Kinder der Porträtfotografie zuführen wollen, in Erwägung gezogen werden. Grundsätzlich soll aber bei jeder passenden Gelegenheit auf die elende Lage der in der Porträtfotografie Beschäftigten hingewiesen werden, damit endlich einmal allen klar wird, wie unendlich traurig die Lage der Porträtfotographen ist.

In der Frage »Tarifabschlüsse« soll versucht werden, größere Einheitlichkeit zu erzielen. Die bestehenden Richtlinien sollen eingehende Beachtung erfahren und das Verlangen der Verbandsleitung, über alle schwebenden und abgeschlossenen Tarifverhandlungen schnell und eingehend Bericht zu erhalten, soll erfüllt werden. Ferner soll dahin gestrebt werden, die Ortstarife zu Bezirks- oder Kreistarifen auszubauen, um so den Grund zu einem Reichstarif zu legen. Grundsätzlich wurde anerkannt, daß nur auf dem Wege des Tarifabschlusses eine wirksame Besserung, besonders in der Entlohnung, durchzuführen sei und deshalb dem Tarifgedanken die weiteste Verbreitung gesichert werden soll.

Da jedoch ganz besonders von den Innungen gegen einen Tarifabschluß mit dem Verbandssturm gelaufen wird, ist der Verbandsvorstand beauftragt worden, baldigst eine Klärung der Rechtslage in dieser Beziehung herbeizuführen. Wenn auch der Reichsarbeitsminister in seiner Auseinandersetzung mit der Berliner Photographeninnung darauf verwiesen hat, daß zum Abschluß von Tarifverträgen auf Arbeitnehmerseite nur wirtschaftliche Vereinigungen von Arbeitnehmern berechtigt sind, so hat er doch auch weiterhin erklärt, daß sich Gehilfenausschüsse von den Beschäftigten Vollmacht zum Abschluß von Tarifen erteilen lassen können. Daß hier ganz offensichtlich ein großer Widerspruch klafft, wird auch der Arbeitsminister nicht bestreiten können. Die einwandfreie Klarstellung der Rechtslage ist eine Notwendigkeit, ohne die nicht weiter zu kommen ist.

Zusammengefaßt hat die Konferenz ihren Zweck erfüllt. Sie hat neben einer Klärung der gesamten Lage in der Porträtfotografie zugleich eine persönliche Fühlungnahme der in der Organisation tätigen Photographen gebracht, die in Zukunft ermöglichen wird, daß die Organisationsarbeit für Photographen zu einem erheblichen Teile von den Photographen selbst geleistet wird. Bei Leistung dieser Arbeit werden die Ausführungen eines Redners zutreffen, daß auch die Photographen die Phasen der Arbeiterbewegung durchlaufen müssen. Die Irrungen jedoch werden fernbleiben, weil die Erfahrungen der Organisation hilfreich zur Seite stehen. Die Erfahrungen der Organisation angewendet, und ihre Kraft gemeinsam mit den Photographen in den Dienst der guten Sache gestellt, muß auch in der Porträtfotografie Lohn- und Arbeitsbedingungen schaffen, die dem einzelnen die Existenz gewähren und dem Gewerbe die Möglichkeit geben, auch ohne die jetzt so betrüblichen Begleiterscheinungen die berechtigten Bedürfnisse der breiten Masse der Bevölkerung zu befriedigen, ohne dem Streben nach höherem ein knappes Ziel zu setzen.